

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Pride-Month: Einen Monat befreit von Unterdrückung?



Im Juni alles in bunte Farben zu tauchen ist keine Befreiung, auch wenn Großkonzerne, die Bundeswehr und Politiker:innen uns davon jährlich überzeugen wollen. Als LGBTI+ Arbeiter:innen müssen wir in der aktuellen Situation gemeinsam gegen die neuesten Angriffe auf uns kämpfen.

Regenbogenfahnen vor Rathäusern und bunte Logos von Großkonzernen: Der Juni umfasst als „Pride-Month“ die 30 Tage im Jahr, an denen LGBTI+ Personen in Deutschland als Aushängeschild für die bürgerliche „Freiheit“ erhalten sollen. Dass wir als Arbeiter:innen weiterhin ausgebeutet und aufgrund unseres Geschlechts und sexueller Orientierung unterdrückt werden, sollen wir und der Rest der Welt gestrost vergessen.

Dabei hat der Zeitraum seinen Ursprung eigentlich durch ein Ereignis mit völlig anderem Charakter. Am 28. Juni 1969 schlossen sich Besucher:innen des „Stonewall Inns“ in den USA zusammen, um sich gegen trans- und homofeindliche Polizeigewalt zur Wehr zu setzen. Damals war man selbst im „freien Westen“ noch weit entfernt davon, LGBTI+ Personen als überhaupt „gesunde“, geschweige denn gleichberechtigte Menschen anzusehen.

Dank unzähliger Proteste, die dem Stonewall-Aufstand folgten, konnten in den letzten 50 Jahren Fortschritte erkämpft werden. LGBTI+ Personen werden heute nicht mehr in allen Ländern der Welt verfolgt und in manchen sind gleichgeschlechtliche Beziehungen oder Hormontherapien

erlaubt. Dabei befinden wir uns heute in einer widersprüchlichen Situation, was die Rechte von LGBTI+ Arbeiter:innen angeht.

So wird in Deutschland nach 42 Jahren das „Transsexuellengesetz“ abgeschafft, nachdem bereits zahlreiche seiner Vorschriften als verfassungswidrig erklärt wurden. Das neue Gesetz verspricht, den Prozess der amtlichen Namens- und Geschlechtsänderung zu vereinfachen. Dem gegenüber stehen die Entwicklungen zum Beispiel in den USA. Laut der Nachrichtenagentur Bloomberg wurden allein in den ersten Monaten dieses Jahres 385 LGBTI+-feindliche Gesetze erlassen. So sind geschlechtsangleichende Maßnahmen für Jugendliche in einigen Staaten verboten, wobei bereits heute über eine Ausweitung des Verbots auch für Erwachsene diskutiert wird.

Während es in den USA in den 1970er Jahren noch die stärkste LGBTI+ Bewegung gab, deren Proteste weltweiten Einfluss hatten, zeigt uns diese Entwicklung die Unsicherheit aller erkämpften Rechte und legalen Fortschritte im Kapitalismus auf. Zur Besänftigung sozialer Proteste sind die Herrschenden bereit, auf Forderungen einzugehen. Ändert sich jedoch das Klima, muss man die Nation in Vorbereitung auf neue Kriege zum Beispiel wieder auf altbekannte, vorrangig evangelikal-christliche Werte einschwören, haben sie auch kein Problem, diese rückgängig zu machen.

Wollen wir als LGBTI+ Arbeiter:innen nicht mehr von taktischen Entscheidungen irgendeiner Regierung abhängig sein, müssen wir dieses System, den Imperialismus überwinden. Dafür reichen aber kein bunter Monat oder Partyzüge. Stattdessen müssen wir uns organisieren und gemeinsam mit allen Arbeiter:innen der Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende setzen. Erst in einem Staat, in dem unsere Klasse das Sagen hat und der nicht allein für die Sicherung von

Profiten existiert, haben wir die Chance, tatsächlich ein gleichberechtigter Teil der Gesellschaft zu werden.



Massenproteste und Kämpfe in Israel und Palästina

Auf einen neuen Aufschwung des palästinensischen Widerstands hat die israelische Besatzungsmacht mit brutaler Gewalt reagiert. Zugleich protestieren Hunderttausende in Israel gegen die ultrarechte Regierung. Der deutsche Staat kriminalisiert die Palästina-Solidaritätsbewegung. > Seite 2

4-Tage-Woche: Arbeitsmodell der Zukunft?

Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung war schon immer eine zentrale Forderung der Arbeiter:innenbewegung und hat stets zu heftigem Widerstand der Unternehmer:innen geführt. Was braucht es zur Durchsetzung der 4-Tage/30-Stunden-Woche und ist das erstrebenswert? > Seite 3-4

Massenproteste und Kämpfe in Israel und Palästina

Die Lage in Israel und Palästina ist so dynamisch wie lange nicht. Auf einen neuen Aufschwung des palästinensischen Widerstands hat die israelische Besatzungsmacht mit brutaler Gewalt reagiert. Zugleich protestieren Hunderttausende in Israel gegen die ultrarechte Regierung. Der deutsche Staat kriminalisiert die Palästina-Solidaritätsbewegung.

Seit Herbst hat der Widerstand der Palästinenser:innen im besetzten Westjordanland einen neuen Aufschwung erlebt. 2022 erreichten Tötungen, Brandstiftungen und Vertreibungen durch zionistische Siedler:innen und das israelische Militär (IDF) einen neuen Höhepunkt. Der Mord an der Journalistin Shireen Abu Akleh durch israelische Soldaten im Mai 2022 sorgte weltweit für Empörung.

Ab August erlangte die Widerstandsgruppe „Lion's Den“ mit bewaffneten Aktionen gegen Besatzungsmacht und Siedler:innen Bekanntheit. Über soziale Medien verbreiteten sich die Aktionen der Gruppe und trugen zur neuen Welle des Widerstands vor allem von Jugendlichen bei. Dieser äußert sich in direkten Aktionen gegen die Besatzungsmacht, in zahlreichen Streiks und Demonstrationen. Jugendliche kämpfen zum Teil mit bloßen Händen und Steinen gegen die israelische Armee. Eine neue Entwicklung ist hierbei die Zusammenarbeit der Palästinenser:innen über

verfeindete politische Strömungen hinweg. Die Wut der Palästinenser:innen richtet sich auch gegen die Autonomiebehörde von Mahmud Abbas, die an der Besatzung mitverdient und die Bewegung ebenfalls unterdrückt.

Die Welle des Widerstands dauert bis heute an, obwohl die Besatzungsmacht mit aller Gewalt dagegen vorgeht. Bis Anfang Mai töteten Militär und Siedler:innen 147 Palästinenser:innen. Israels Luftwaffe bombardierte erneut den seit 2006 belagerten Gazastreifen. Die Siedlergewalt nahm im Frühjahr ein solches Ausmaß an, dass sich sogar der US-Verteidigungsminister zu einer Verurteilung genötigt sah.

Massenproteste in Israel

Siedler:innen und Militär sehen sich bei ihren Gewaltakten durch die neue israelische Regierung bestärkt. Um seine Macht wiederzuerlangen und einer möglichen Gefängnisstrafe wegen Korruption zu entgehen, hat Israels Langzeit-Premierminister

Netanjahu im Dezember ein Bündnis mit ultrarechten Kräften wie der Partei Otzma Jehudit geschlossen. Deren Vorsitzender Itamar Ben-Gvir, der wegen rassistischer Hetze und Terrorunterstützung vorbestraft ist, ist nun Minister für Nationale Sicherheit und Chef einer neu geschaffenen Nationalgarde. Die Regierung steht für mehr Repression gegen die Palästinenser:innen und die weitere „Judaisierung“ Jerusalems und des Westjordanlands. In Israel will sie die Kontrolle religiöser Institutionen über den Staat verstärken und die Rechte des Obersten Gerichts beschränken: „Netanjahus jüdisch-fundamentalistische Koalitionspartner könnten mithilfe der Justizreform jedes beliebige Gesetz absegnen: die Todesstrafe für palästinensische Attentäter, Geschlechtertrennung in Bussen und Bahnen, Verbot von Abtreibungen und Gay Pride Paraden.“ (Kulturzeit 3Sat vom 20.01.23)

Der Plan hat in Israel jedoch zu historischen Massenprotesten geführt, die seit Monaten mehrere hundert-

tausend Menschen auf die Straßen bringen – und trotz der Aussetzung der Reform durch Netanjahu weitergehen. Große Teile der israelischen Gesellschaft nehmen an den Demonstrationen teil, darunter auch Militärangehörige. Am 27. März kam es zudem zum Generalstreik.

Deutschland: Kriminalisierung der Palästina-Solidarität

Während Israel immer aggressiver gegen die Palästinenser:innen vorgeht, verschärft der deutsche Staat die Repression gegen die palästina-solidarische Bewegung. Wie im letzten Jahr hat die Berliner Polizei am 15. Mai alle Demonstrationen zum Nakba-Tag verboten, der an die Vertreibung der Palästinenser:innen durch die Zionist:innen erinnert. In Berlin und Köln verbot die Polizei zudem Kundgebungen der Solidaritätsorganisation Samidoun bzw. löste sie auf. Die internationale Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand lässt sich jedoch nicht unterdrücken.

Interview mit dem palästinensischen Gefangenen-solidaritätsnetzwerk Samidoun

Warum werden eure Organisation und eure Veranstaltungen kriminalisiert?

Samidoun und die politischen Grundsätze, für die es steht, nämlich die Befreiung Palästinas vom Fluss bis zum Meer, die bedingungslose Unterstützung des palästinensischen Widerstands in all seinen Formen,

einschließlich des bewaffneten Widerstands, und das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Häuser und Dörfer, finden bei allen Palästinenser:innen und Araber:innen Anklang. Der Staat sieht die Gefahr in der Fähigkeit von Samidoun, die palästinensische und arabische Jugend zu mobilisieren und ihr einen Raum zu bieten, in dem sie sich ohne Rücksicht auf „deutsche

Befindlichkeiten“ frei äußern kann. Die Weigerung der palästinensischen Jugend, die Last der Gräueltaten des deutschen Staates an den Jüd:innen zu tragen, und ihre Einsicht, dass ihr Engagement für die Befreiung Palästinas in der Diaspora von Wert ist, ist genau das, was der Staat fürchtet. Er will keine organisierte, prinzipientreue und entschlossene palästinensische und arabische Jugend in Deutschland sehen, die erkennt, dass auch sie eine Rolle bei der Befreiung Palästinas spielt.

Wie geht ihr mit der Repression um?

Das revolutionäre Solidaritätsbündnis war ein klarer

Ausdruck von Internationalismus und Solidarität, der sich nach dem Verbot der Nakba-Demonstrationen im Jahr 2021 gebildet hat. Gemeinsam mit unseren Genossinnen und Genossen starteten wir eine internationale Kampagne gegen die staatliche Repression in Deutschland, die von mehr als 160 Organisationen, Parteien und Gewerkschaften auf der ganzen Welt unterstützt wurde. Diese Kampagne umfasste populäre, pädagogische und juristische Bemühungen, um die Repression zu bekämpfen. Wir laden alle Organisationen ein, sich uns in diesem Kampf anzuschließen. Diese Repression ist ein Angriff auf alle revolutionären und antiimperialistischen Bewegungen in Deutschland.

samidoun
PALESTINIAN PRISONER SOLIDARITY NETWORK

4-Tage oder 30-Stunden-Woche: Arbeitsmodell der Zukunft?



Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung war schon immer eine zentrale Forderung der Arbeiter:innenbewegung und hat stets zu heftigem Widerstand der Unternehmer:innen geführt. Für die Durchsetzung des 8-Stunden-Tages war die Novemberrevolution 1918 notwendig. Was braucht es dann zur Durchsetzung der 4-Tage-Woche bzw. der 30-Stunden-Woche und ist das überhaupt erstrebenswert?

Die Fronten scheinen verhärtet: Auf der einen Seite fordert der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) „Mehr Bock auf Arbeit“, auf der anderen Seite will der IG-Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann die 4-Tage-Woche zur zentralen Forderung der Stahltarifrunde im Herbst machen. Beide sind sich einig, dass sie die deutsche Wirtschaft „wettbewerbsfähig“ für die Zukunft machen wollen. Wie das konkret gelingen soll, darüber ist man sich nach wie vor nicht einig. Was bei genauem Hinsehen aber sehr schnell in den Hintergrund rückt, sind die Interessen von uns Arbeiter:innen.

So argumentiert selbst Gewerkschaftschef Hofmann, dessen Forderung lediglich eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit von aktuell 35 Wochenstunden in der Stahlindustrie auf 32 Wochenstunden beinhaltet, dass mit der Arbeitszeitverkürzung gesellschaftlich noch nicht genutzte Arbeitskraft für den Arbeitsmarkt mobilisiert werden könnte. So seien laut IG-Metall viele Frauen, die aktuell nur in Teilzeit

arbeiten, hypothetisch bereit bei einer Arbeitswoche von 32 Wochenstunden, verteilt auf vier Tage, voll arbeiten zu gehen. Damit könnte durch dieses Wochenarbeitsmodell das Arbeitsvolumen rechnerisch sogar stärker erhöht werden als durch die von der Regierung angestrebte Fachkräfteeinwanderung von 400.000 Menschen pro Jahr, so Hofmann.

Mit beidem zusammen will Hofmann die deutsche Wirtschaft gegen die Konkurrenz aus dem Ausland stärken. Dass die IG-Metall und ihr Vorsitzender Hofmann mit ihren Rechnungen und Modellen also hier die Pläne von Kapitalverbänden und der Bundesregierung versuchen zu perfektionieren, anstatt sich für die Interessen und Rechte der Arbeiter:innen stark zu machen, sei mal so dahin gestellt. Dass aber gleichzeitig die Kapitalverbände darauf drängen, die Lebensarbeitszeit zu verlängern und damit das Renteneintrittsalter immer weiter nach hinten zu schieben, darf bei diesem Thema nicht außer acht gelassen werden. Geht es nach den Plänen der Kapitalverbände, wird die reduzierte Wochenarbeitszeit näm-

lich gleich am Ende des Arbeitslebens wieder dran gehangen.

Vollzeitbeschäftigte wollen weniger arbeiten

Dass das Thema Arbeitszeitverkürzung tatsächlich sehr viele Menschen beschäftigt, zeigt eine aktuelle Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung.

Ergebnis der im Mai 2023 erschienenen repräsentativen Studie ist, dass rund 81 Prozent der befragten Vollzeitbeschäftigten sich eine 4-Tage-Woche mit entsprechend niedrigerer Wochenarbeitszeit wünschen. Knapp 73 Prozent geben dabei an, eine Arbeitszeitverkürzung nur bei gleichem Lohn zu wollen. Acht Prozent der Erwerbstätigen gaben an, sie würden ihre Arbeitszeit auch reduzieren wollen, wenn dadurch das Entgelt geringer ausfiel. Durch die Arbeitszeitverkürzung erhoffen sich die Befragten vor allem eine verringerte Arbeitsbelastung und eine geringere Belastung durch gesundheitliche Probleme.

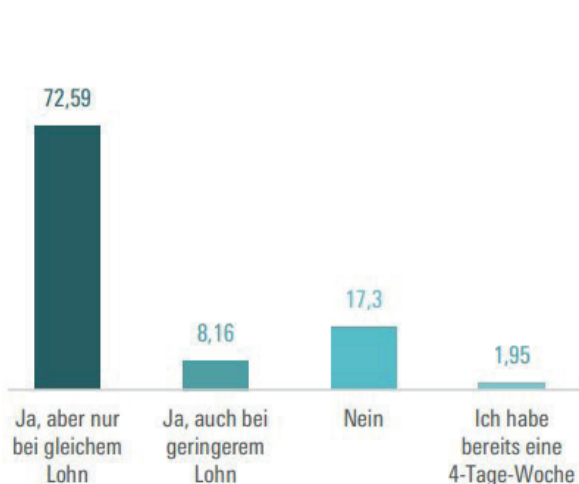
Von den 17 Prozent der Befragten, die eine Vier-Tage-Woche ablehnten, gaben die meisten an, dass sie die Befürchtung hätten, dass sie häufig für Kolleg:innen einspringen müssten, sich ihre Arbeitsläufe nicht ändern würden bzw. diese nicht einfach einen Tag ruhen könnte oder dass die Arbeitsmenge einer Verkürzung entgegenstehen würde. Lediglich zwei Prozent gaben an, ihre Vollzeittätigkeit bereits heute auf vier Tage verteilt zu haben.

Arbeitszeit verringern ja, aber...

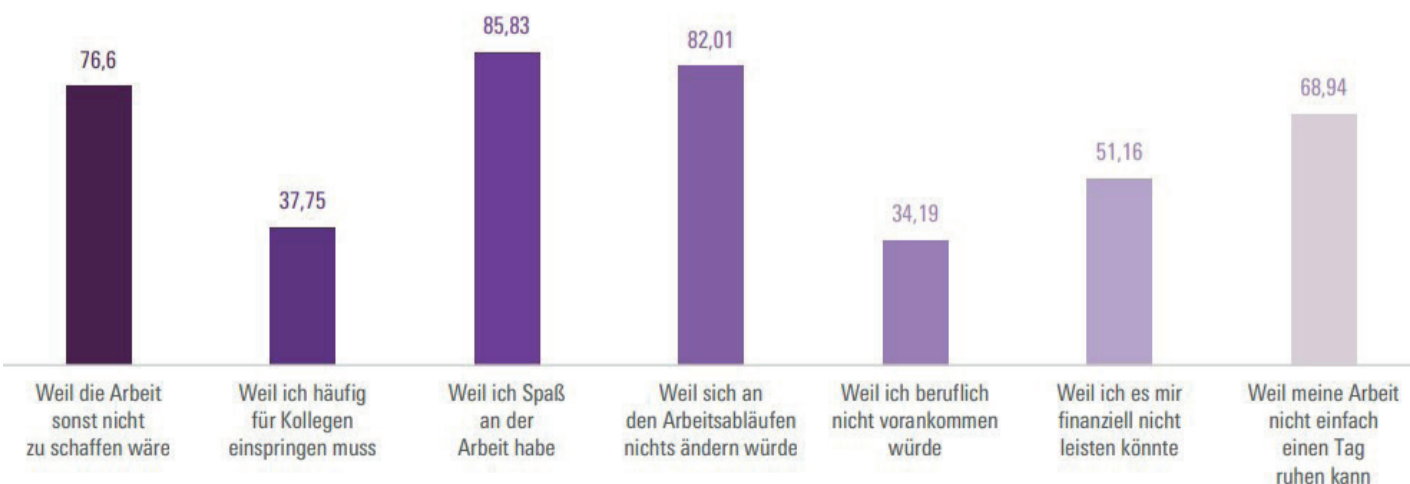
Allein die Ergebnisse der WSI Studie, aber auch das Ringen zwischen Gewerkschaften und Unternehmen zeigen, dass die Frage der Arbeitszeitverkürzung keine einfache ist. Vorschläge einer 4-Tage-Woche bei gleich bleibender Wochenarbeitszeit, also vier Tage Arbeit bei 10 Stunden Arbeit pro Tag, sind dabei sicher keine Entlastung und in vielen Berufen auch auf Dauer körperlich gar nicht durchzuhalten.

Die Verringerung der Wochenarbeits-

Wunsch nach einer 4-Tage-Woche
Angaben in Prozent



Gründe für die Ablehnung einer 4-Tage-Woche
Angaben in Prozent



Quelle: Hans-Böckler-Stiftung/WSI

zeit ist natürlich selbstverständlich im Interesse der vollbeschäftigten Arbeiter:innen, sei es über eine 4-Tage-Woche bei entsprechender Stundenverringerung oder eine 30-Tage-Woche verteilt auf fünf Tage. Im Detail müssen aber zusätzlich mindestens folgende Bedingungen erfüllt sein, damit diese Verringerung tatsächlich ein Fortschritt ist:

1. nur mit vollem Lohnausgleich

Die Reduzierung der Wochenarbeitszeit setzt aus der kollektiven Sicht der Arbeiter:innenklasse einen vollen Lohnausgleich voraus. Ohne diesen Lohnausgleich würde sich der gesellschaftliche wie individuelle Lebensstandard der Arbeiter:innen drastisch verschlechtern. Schon heute führt es dazu, dass sich nur die bestbezahlten Angestellten eine 4-Tage-Woche leisten können.

2. nur mit Reduzierung des Arbeitspensums

Eine Reduzierung der Arbeitszeit muss natürlich einhergehen mit einer entsprechenden Reduzierung des Arbeitspensums. Ist dem nicht so, dann würde sich die Arbeitshetze massiv erhöhen und damit der

Stress, dem die Arbeiter:innen auf der Arbeit ausgesetzt sind. In der Folge bräuchten sie mehr Erholungs- und Regenerationszeit, von dem zusätzlichen freien Tag würde danach entsprechend kaum noch etwas übrig bleiben und alle Vorteile dieses Arbeitszeitmodells wären dahin. Gleichzeitig müssten die Arbeiter:innen, falls es keinen vollen Lohnausgleich gibt, am Ende auch noch mehr Arbeit verrichten für weniger Geld. Das wäre ein doppelter Verlust.

3. nur mit Verkürzung der Lebensarbeitszeit

Sollte das Renteneintrittsalter weiter nach hinten verschoben und damit die Lebensarbeitszeit verlängert werden, so könnte eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit diese Verlängerung wenn überhaupt nur ausgleichen. Ein neues Arbeitszeitmodell müsste einen Stopp der immer wieder geforderten Renteneintrittsalterserhöhung beinhalten und damit eine effektive Verkürzung der Lebensarbeitsdauer.

Flexibilisierung der Arbeit als Nachteil

In der aktuellen Debatte bringen alle Seiten immer wieder ein, dass man die Arbeitszeitmodelle flexibel anwenden und an verschiedene Betriebe und Branchen jeweils individuell anpassen müsse. Diese Flexibilisierung und Individualisierung der Arbeit hat für die Arbeiter:innen zwei entscheidende Nachteile.

1. Werden die Möglichkeiten für gemeinsame Ziele und Tarifverträge über Branchen oder Betriebsgrenzen hinweg zu kämpfen und zu streiken immer schwieriger, je weiter aufgesplittert die jeweiligen Arbeitsmodelle und Regelungen sind. Das schwächt die Kampfkraft als Belegschaften und als Klasse. 2. führt diese Aufspaltung und Individualisierung dazu, dass der Willkür einzelner Unternehmen Tür und Tor geöffnet sind und sie je nach Wirtschaftslage oder Interessen der Unternehmen unterschiedlich beschäftigten werden.

Verkürzung der Arbeitszeit nach gesellschaftlichem Plan

Um alle diese Gefahren zu umgehen und wirklich eine gesellschaftliche Verkürzung der Arbeitszeit im Interesse der Arbeiter:innen umsetzen zu

können, braucht es eine Wirtschaft, die nach einem gesamtgesellschaftlichen Plan organisiert ist.

Solch eine gesamtgesellschaftliche Planung der Bedürfnisse, der Produktion und der Verteilung von Waren und Gütern und die damit einhergehende Verteilung der notwendigen Arbeit auf alle arbeitsfähigen Teile der Gesellschaft sind aber in einem Wirtschaftssystem, das auf der größtmöglichen Ausbeutung der Arbeitskraft und der privaten Aneignung der produzierten Waren fußt, nicht möglich.

Solch ein geplantes Wirtschaften setzt vielmehr eine sozialistische Planwirtschaft voraus, in der die gesamte Gesellschaft nach einem einheitlichen Wirtschaftsplan produziert und die Anarchie in der Produktion, wie sie im Kapitalismus durch die Konkurrenz der Unternehmen besteht, kein Hindernis mehr für die geplante gesellschaftliche Produktion und Entwicklung mehr sind.

Bereits die historische Sowjetunion hat die Potentiale des Sozialismus zur immer weiteren Arbeitszeitreduktion gezeigt. Nachdem 1918 der 8-Stunden-Tag eingeführt wurde, konnte bereits 1927 die tägliche Arbeitszeit für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung auf sieben Stunden pro Tag bei vollem Lohnausgleich verringert werden. Bei körperlich und geistig sehr anstrengender Arbeit und Nacharbeit wurde die tägliche Arbeitszeit auf sechs Stunden reduziert.

Allein dieses historische Beispiel zeigt die unglaublichen Möglichkeiten, die der Sozialismus auf dem heutigen technischen Niveau in Bezug auf die Reduzierung der Arbeitszeit bieten würde. Lediglich das auf Profit ausgelegte kapitalistische Wirtschaftssystem und die damit einhergehende private Bereicherung weniger Kapitalist:innen verhindert diese Entwicklung bis heute.



PERSPEKTIVE » ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>

fb.com/PerspektiveOn
twitter.com/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline
t.me/perspektiveon

V.i.S.d.P.:

Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Kalk-Mülheimer Str. 124
51103 Köln

PERSPEKTIVE » MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer 0151 16991583 einen Kontakt anlegen.
2. Nachricht per **Whatsapp** oder **Telegram** mit „Start“ schicken.
3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt aufs Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

PERSPEKTIVE » APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“
<https://perspektive-online.net/abo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende
<https://perspektive-online.net/spenden>